

Von den nicht obligatorischen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex beachten wir die meisten.

2 WIRTSCHAFTSBERICHT

2.1 GESAMTWIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Im Vergleich zum europäischen Umfeld hat sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2013 einmal mehr als stabil und solide erwiesen. Allerdings blieben die anhaltende Rezession in einigen europäischen Ländern und eine schwächere Entwicklung der Weltwirtschaft auch hierzulande nicht ohne Wirkung. Die Exporte stiegen nur noch um 0,6 %. Auch die stärkere Binnennachfrage konnte diese Einflüsse nicht kompensieren. Zwar blieb die deutsche Wirtschaft immer noch auf Wachstumskurs – das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nahm um 0,4 % zu. Damit lag die Steigerung aber deutlich unter den Werten der beiden Vorjahre. Im Jahr 2011 war das BIP um 3,3 % gestiegen, im Jahr 2012 immer noch um 0,7 %.

Die Aussichten sind indessen gut. Nach der Schwächephase im vergangenen Winter hat die deutsche Wirtschaft im Laufe des Jahres 2013 wieder Fahrt aufgenommen. Als Lokomotive der neuen Expansion fungiert allerdings nicht mehr alleine die Außenwirtschaft. Deutlich stärkere Impulse kommen jetzt auch von der Binnennachfrage und hier vom Konsum, gestützt auf das anhaltende, wenn auch abgeschwächte Beschäftigungswachstum, die dadurch niedrige Arbeitslosenquote und die spürbaren Einkommenszuwächse. Günstig wirkt sich zudem das niedrige Zinsniveau aus. Angesichts der beginnenden Belebung der Weltwirtschaft und damit der Exporte hält die Deutsche Bundesbank ein weiteres Wachstum um 1,7 % in diesem und um 2 % im kommenden Jahr für möglich.

Im vergangenen Jahr waren es einmal mehr die Dienstleistungsbereiche, die ein Gutteil zur insgesamt erfreulichen Entwicklung beitrugen.

2.2 BRANCHENSPEZIFISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

293,8 Mrd. € wurden im Jahr 2011 in Deutschland für Gesundheit ausgegeben, davon 76,8 Mrd. € für den Krankenhaussektor. Neuere Zahlen liegen noch nicht vor. Legt man aber die Steigerungsrate der gesetzlichen Krankenkassen zugrunde, deren Ausgaben für die Versorgung ihrer Versicherten im Jahr 2012 um 9,3 % von 168,5 Mrd. € auf 184,2 Mrd. € stiegen, dann dürfte die Gesamtsumme die 320 Mrd. € zumindest erreicht haben.

Bei einem unveränderten Anteil der Krankenhäuser von 26 % wären auf diesen Sektor gut 83 Mrd. € entfallen. Das ist der Kuchen, den sich rund 2.000 deutsche Krankenhäuser – im Jahr 2012 waren es noch 2.017 mit weiter sinkender Tendenz – teilen müssen. Seit längerem zeichnet sich ab, dass die Finanzausstattung zahlreicher Kliniken nicht ausreichend ist. Nach dem Krankenhaus-Rating-Report 2013 sind 27 % der rund 2.000 Kliniken insolvenzgefährdet.

Die Lage hat sich zwar durch die Anfang August 2013 verabschiedete Neuregelung zum Orientierungswert leicht verbessert. Der vom Statistischen Bundesamt (Destatis) aus der Entwicklung verschiedener Kostenkomponenten zu ermittelnde Orientierungswert soll den Spielraum der Preisanpassung für Krankenhausleistungen vorgeben. Ursprünglich sollte er die Grundlohnrate als Bemessungsgrundlage vollständig ablösen. Die Neuregelung sieht nun aber den Abgleich von Orientierungswert und Grundlohnrate vor – der höhere Wert kommt zum Tragen. Für das laufende Jahr 2014 wird es die Grundlohnrate sein.

Bereits im abgelaufenen Jahr 2013 zeigte das von der Bundesregierung beschlossene Hilfspaket für die Krankenhäuser Wirkung. Um die Belastungen aus den neuen Tarifverträgen zu mildern, wurden für das Jahr 2013 die Fallpauschalenvergütungen um 0,21 % und die Budgets der psychiatrischen Krankenhäuser um 0,26 % angehoben.

Die Finanzierungsprobleme der Krankenhäuser sind damit freilich noch längst nicht gelöst. Nach wie vor leiden sie unter dem Druck der Personalkosten. Nach Ansicht der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) formuliert der Koalitionsvertrag hinsichtlich Qualitäts- und Personalvorbereitung höchste Anforderungen an die Krankenhäuser. Über die Verbesserung der finanziellen Ressourcen zur Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser hingegen werden keine oder nur rudimentäre Aussagen getroffen.